

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und**  
**Beteiligungsausschusses**  
**am 11.09.2024**

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen    Vorsitz

CDU

Herr Henrichsmeier

Herr Kuhlmann

Herr Nettelstroth

Frau Steinkröger

Stellv. Vorsitz

SPD

Frau Gorsler

Herr Klaus

Herr Prof. Dr. Öztürk

(Bis 19:00 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Brockerhoff

Frau Dr. Gerdes

Herr Hallau

Herr Hood

FDP

Herr Schlifter

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Herr Vollmer

Die PARTEI

Herr Hofmann

(Bis 18:45 Uhr)

AfD

Herr Dr. Sander

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Krämer (BfB)

Frau Rammert (BN)

Verwaltung

Herr Beigeordneter Adamski

Herr Beigeordneter Moss

Herr Kricke

Frau Schmiedeskamp

Herr Steinmeier

Dezernat 1

Dezernat 4

Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Konzerncontrolling und steuerliche Angelegenheiten

Presseamt

Frau Mülöt

Büro des Oberbürgermeisters und des Rates  
(Schriftführung)

Gäste

Herr Knabenreich

Bielefeld Marketing

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Anwesenden, eröffnet die 38. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA) und stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung sei um folgende fristgerecht eingegangene Anfragen zu erweitern:

- TOP 4.1.1: Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Sicherheitsstrategie verbessern und konsequent umsetzen“ (Drucks.-Nr. 8659/2020-2025)
- TOP 4.1.2: Änderungsantrag der Ratsgruppe AfD zum Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Sicherheitsstrategie verbessern und konsequent umsetzen“ (Drucks.-Nr.8675/2020-2025)
- TOP 12.1: Antrag der Koalition aus den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zum Thema „Sachstandsbericht AG Gewerbe“ (Drucks.-Nr. 8672/2020-2025).

Darüber hinaus habe die Verwaltung eine öffentliche Beschlussvorlage zum Thema „Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Aufnahme- und Versorgungsvertrag für Fundtiere“ erstellt. Dabei handele es sich um eine Angelegenheit, die keinen Aufschub dulde (§ 4 Abs. 4 GeschORat).

Herr Beigeordneter Adamski begründet die Dringlichkeit mit dem Ablauf der Bindungsfrist Ende Oktober 2024 im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens. Über die Bereitstellung der Mittel sei vor Vertragsabschluss durch den Rat zu entscheiden. Die Entscheidung sei im Vorgriff auf den Haushaltsplan erforderlich, da ein Beschluss im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen erst nach Ablauf der Bindungsfrist gefasst würde. Um die Ratssitzung am 26.09.2024 und zuvor auch den Finanz- und Personalausschuss rechtzeitig erreichen zu können, bitte er, die Tagesordnung im Rahmen der Dringlichkeit um die Vorlage zu erweitern.

**Der Ausschuss beschließt einstimmig die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Aufnahme- und Versorgungsvertrag für Fundtiere“ (Drucks.-Nr. 8652/2020-2025) als TOP 13 am Ende des öffentlichen Sitzungsteils (Hinweis: Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend jeweils um eine Ziffer nach hinten.).**

Herr Klaus beantragt, die Anträge unter TOP 4.1 „Sicherheitsstrategie verbessern und konsequent umsetzen“ heute zunächst in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen und in einer Sondersitzung am 26.09.2024 ausführlich zu beraten. Zu dieser Sitzung solle auch die Polizeipräsidentin Frau Dr. Müller-Steinhauer eingeladen werden.

Des Weiteren wird beantragt, die Beratungen der Haushalts- und Stellenpläne zu TOP 5 heute nur in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung unter Berücksichtigung der genannten Änderungen.

-.-.-

**Zu Punkt 1**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 19.06.2024**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 37. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 19.06.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2**      **Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1**      **Mitteilung unter Bezug auf die Sitzung des HWBA am 19.06.2024, TOP 14 "Bielefeld - Klimaneutralität 2030"**

*(Hinweis: Die Mitteilung steht im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)*

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Anfragen**

**Zu Punkt 3.1**      **Ordnungswidrigkeiten in Bielefeld (Anfrage FDP-Fraktion vom 10.06.2024) - 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8237/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die im Ratsinformationssystem eingestellte Anfrage und Antwort der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Herrn Schlifter erklärt Herr Beigeordneter Adamski, dass in der Regel die Verursacher von illegalem Müll schwer auszumachen seien und für diese Ordnungswidrigkeiten entsprechend selten Bußgelder verhängt werden könnten. In diesem Zusammenhang bittet er darum, vor der Einreichung von Anfragen zu prüfen, ob eine sehr detaillierte Antwort

der Verwaltung benötigt werde, da solche Recherchen oft sehr zeitaufwendig seien und interne Ressourcen binden würden.

**Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 3.2**      **Generalsanierung der Kunsthalle (Anfrage der FDP-Fraktion vom 20.08.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8484/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verliest die Anfrage und die Antwort der Verwaltung.

**Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 4**      **Anträge**

**Zu Punkt 4.1**      **Sicherheitsstrategie verbessern und konsequent umsetzen (Antrag der CDU-Fraktion vom 27.08.2024)**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachenummern:

8556/2020-2025 (Antrag CDU-Fraktion)

8659/2020-2025 (Änderungsantrag FDP Fraktion)

8675/2020-2025 (Änderungsantrag Ratsgruppe AfD)

Herr Nettelstroth begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Die teils massive Verschlechterung der Situation in Bielefeld erfordere Maßnahmen zur Erhöhung des repressiven Drucks und gleichzeitig die Ausweitung präventiver Angebote, um Straftaten zu verhindern bzw. möglichst schnell zu ahnden.

Herr Schlifter erläutert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Das Ziel aller Maßnahmen der Verwaltung müsse sein, die Szene zu verkleinern statt sie nur zu verdrängen. Er schlägt vor, in der geplanten Sondersitzung auch die Maßnahmen zu thematisieren, die in der gestrigen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses hinsichtlich der Weiterentwicklung des Suchthilfesystems beschlossen worden seien. Er halte es für sinnvoll, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu erarbeiten. Außerdem müssten die Ziele messbar formuliert werden, um den Erfolg der Maßnahmen bewerten zu können.

Herr Dr. Sander begründet den Änderungsantrag der Ratsgruppe AfD.

Herr Klaus weist darauf hin, dass sich die Art des Drogenkonsums verändere und zunehmend auf „Crack“ konzentriere. Dies bringe neue Herausforderungen für die Städte mit sich. Die Präsenz von Polizei und Ordnungsamt müsse sich an den tatsächlichen Notwendigkeiten orientieren, zum Beispiel bei Veranstaltungen in der Stadthalle.

Herr Krämer hält die Kontrolle der Einhaltung eines Waffenverbots für schwierig.

Herr Hallau betont, dass die Maßnahmen Wirkung zeigen müssten. Die Bürgerinnen und Bürger hätten einen Anspruch auf Transparenz und Offenheit. Dies betreffe auch die Einschätzung, wie schnell die Maßnahmen zu einer Verbesserung der Situation führen könnten.

Herr Vollmer regt an, den Austausch mit anderen Städten zu suchen, um sich gegenseitig bei der Bekämpfung ähnlicher Probleme zu unterstützen. Außerdem sei eine deutliche Beschleunigung von Strafverfahren notwendig.

Herr Hofmann weist darauf hin, dass lt. einer lokalen Tageszeitung die Drogenkriminalität in Bielefeld im letzten Jahr zurückgegangen sei und führt dies auf die Legalisierung des Cannabiskonsums zurück.

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass sich die Polizeipräsidentin Frau Dr. Müller-Steinhauer bereit erklärt habe, sich in einer Sondersitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 26.09.2024 um 15:00 Uhr zum Thema „Sicherheit in Bielefeld“ den Fragen des Gremiums zu stellen und zu positionieren. Ziel sei, miteinander ins Gespräch zu kommen, die Situation von verschiedenen Seiten zu beleuchten, Möglichkeiten des Umgangs mit den bestehenden Problemen darzustellen, miteinander strukturelle Schwachstellen zu finden und daraus Konsequenzen zu entwickeln und abzustimmen. Er bitte darum, erst in der Sondersitzung, aufbauend auf die dortigen Diskussionen, Anträge zu stellen. Eine Beschleunigung von Verfahren straffälliger Personen halte auch er für unerlässlich, da Strafen und Sanktionen nur wirkten, wenn sie sehr zeitnah nach der Tat erfolgten.

**1. Lesung -**

---

**Zu Punkt 4.1.1 "Zunehmender Gewalt begegnen - Endlich wieder mehr Sicherheit für Bielefeld" (Antrag der FDP-Fraktion vom 09.09.2024 zum Antrag des CDU-Antrags unter TOP 4.1)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8659/2020-2025

**1. Lesung -**

---

**Zu Punkt 4.1.2 Sicherheitsstrategie verbessern und konsequent umsetzen  
(Änderungsantrag der Ratsgruppe AfD vom 10.09.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8675/2020-2025

**1. Lesung -**

-.-.-

**Zu Punkt 4.2 Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung  
(Antrag der CDU-Fraktion vom 29.08.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8548/2020-2025

Herr Kuhlmann begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Die Sondernutzungsgebühren betreffen vor allem die Stadtbezirke. Die Werbegemeinschaften und die Kaufmannschaften als Ausrichter der Stadteilfeste seien wirtschaftlich bedroht. Die teils neuen Auflagen und Vorgaben führten zu sehr hohen Kostensteigerungen und damit zu finanziellen Verlusten in Höhe von ca. 10-15.000 € pro Veranstaltung. Für die notwendige Planungssicherheit seitens der Ausrichter beantrage die CDU-Fraktion daher auch für 2024 und 2025 die Herabsetzung der Sondernutzungsgebühren auf 25% des Hebesatzes für Zone 4.

Herr Beigeordneter Adamski erläutert, dass zur Umsetzung des Antrags eine Satzungsänderung notwendig sei, die der Rat beschließen müsse. Realistisch sei eine Veröffentlichung des Satzungsbeschlusses erst Ende Dezember 2024 möglich. Falls die Satzung auch rückwirkend für 2024 gelten solle, entstünden Rückzahlungsansprüche, die mit einem entsprechenden Verwaltungsaufwand verbunden seien. Nach einer überschlägigen Berechnung würde die Stadt bei einer Umsetzung des Antrags für 2024 auf Gebühreneinnahmen in Höhe von ungefähr 10.500,00 € verzichten. Darüber hinaus seien die Kommunen gesetzlich dazu angehalten, Gebühren kostendeckend zu kalkulieren. Daher appelliere er, die Änderung für die Jahre 2025 und 2026 zu beschließen und nicht rückwirkend für 2024.

Herr Oberbürgermeister Clausen empfiehlt ebenfalls die Herabsetzung der Gebühren für die Zukunft und nicht rückwirkend.

Herr Prof. Dr. Öztürk erklärt die Zustimmung der SPD-Fraktion zu diesem Vorschlag.

Herr Nettelstroth stimmt dieser Empfehlung ebenfalls zu und schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu verändern: „...*, dass bei Veranstaltungen in der Zone 4 die Sondernutzungsgebühr für die Jahre 2025 und 2026 auf 25% des Ansatzes herabgesetzt wird.*“.

Auf Nachfrage von Herrn Schlifter erläutert Herr Oberbürgermeister Clausen, dass gemäß Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) die Kommunen Benutzungsgebühren zu erheben hätten. Diese seien kostendeckend zu kalkulieren. An dieses Gesetz sei die Verwaltung gebunden. Eine zeitlich

befristete und begründbare Absenkung der Gebühren sei möglich, nicht aber eine komplette Aussetzung.

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss fasst folgenden, vom Beschlussvorschlag abweichenden

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Sondernutzungsgebührensatzung dahingehend abzuändern, dass bei Veranstaltungen in der Zone 4 die Sondernutzungsgebühr für die Jahre 2025 und 2026 auf 25% des Ansatzes herabgesetzt wird.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5 Beratung des Haushalts- und Stellenplanentwurfs für den Doppelhaushalt 2025/2026**

**Zu Punkt 5.1 für das Büro des Oberbürgermeisters und des Rates**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8467/2020-2025

**1. Lesung -**

-.-.-

**Zu Punkt 5.2 für die Gleichstellungsstelle**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8419/2020-2025

**1. Lesung -**

-.-.-

**Zu Punkt 5.3 für das Presseamt/Statistikstelle**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8510/2020-2025

**1. Lesung -**

-.-.-

**Zu Punkt 5.4 für das Bürgeramt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8482/2020-2025

**1. Lesung -**

---

**Zu Punkt 5.5 für das Amt für Konzerncontrolling und steuerliche Angelegenheiten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8295/2020-2025

**1. Lesung -**

---

**Zu Punkt 5.6 für das Rechtsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8373/2020-2025

**1. Lesung -**

---

**Zu Punkt 5.7 für das Ordnungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8431/2020-2025

**1. Lesung -**

---

**Zu Punkt 5.8 für das Feuerwehramt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8414/2020-2025

**1. Lesung -**

---

## Zu Punkt 6

### **Betriebskostenzuschuss für das Welthaus Bielefeld e.V.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8346/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

#### **Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt, dem Welthaus Bielefeld e.V. ab dem 01.01.2025 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 30.000 Euro zu gewähren. Der Zuschussbetrag soll ab dem 01.01.2026 jährlich um 2% erhöht werden. Der erhöhte Zuschussbetrag ist nicht gedeckt und wird daher zur Entscheidung in die Abschlussberatungen des Finanz- und Personalausschusses zum Haushalt 2025/2026 verschoben.**

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

---

## Zu Punkt 7

### **12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8440/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet von abweichenden Beschlüssen der Bezirksvertretung (BV) Gadderbaum und der BV Jöllenbeck, die in der hier zur Abstimmung stehenden Vorlage noch keine Berücksichtigung gefunden hätten. Er schlägt vor, heute auf Basis der im Ältestenrat getroffenen Absprachen zu entscheiden. Die Abweichungen oder Ergänzungen in den Beschlüssen der genannten Bezirksvertretungen und möglicherweise auch der noch tagenden Bezirksvertretungen würden im Ältestenrat besprochen. Sollte der Ältestenrat diesen Änderungen folgen, werde eine entsprechende Nachtragsvorlage erstellt, die dann den Gremien erneut zur Abstimmung vorgelegt werde.

Auf eine Anmerkung von Frau Brockerhoff entgegnet Herr Klaus, dass die Betreuungskosten abschließend in der Entschädigungsverordnung geregelt seien.

#### **Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich der Empfehlungen der Bezirksvertretungen, die 12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage zu beschließen.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 8**

**Überplanmäßige Nachbewilligung zum Ausgleich der Bäderverluste im Jahr 2024**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8351/2020-2025

Auf Nachfrage von Herrn Schlifter erläutern Herr Oberbürgermeister Clausen und Frau Schmiedeskamp, dass Gegenstand der heutigen Beschlussfassung die Nachbewilligung eines Betriebskostenzuschusses für das Haushaltsjahr 2024 sei. Die aufeinander abgestimmte Angleichung der Zahlen der verschiedenen mittelfristigen Planungen erfolge in einem laufenden Prozess.

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt zu beschließen:**

**Zur Leistung des Betriebskostenzuschusses 2024 an die BBF GmbH wird im Haushaltsjahr 2024 ein Betrag in Höhe von 11.398.000 € überplanmäßig nachbewilligt (Sachkonto 53150000, PSP-Element 11.15.11.11 „Beteiligung an BBF GmbH“).**

**Deckung: siehe Begründung**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 9**

**Sicherheitskonzept - Zwischenbericht zur Umfeldanalyse sowie Partizipationen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8595/2020-2025

**1. Lesung -**

---

**Zu Punkt 10**

**Sachstandsbericht zur Förderung des Veranstaltungs-, Tagungs- und Kongressangebotes in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8324/2020-2025

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Oberbürgermeister Clausen Herrn Knabenreich von Bielefeld Marketing.

Herr Knabenreich berichtet kurz zur Vorlage. Er dankt für die Unterstützung seitens der Stadt Bielefeld und betont, die bisherige Erfolgsgeschichte fortsetzen zu wollen.

Herr Klaus stellt für die SPD-Fraktion folgenden Antrag: **„Der Finanz- und Personalausschuss wird gebeten, in den Abschlussberatungen zum Haushalt die Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 150.000 € für die kommenden drei Jahre an Bielefeld Marketing zur Förderung des Veranstaltungs-, Tagungs- und Kongressangebotes zu berücksichtigen.“**

Herr Nettelstroth weist darauf hin, auch die mit der Ausgabe verbundenen positiven Neben- und Hebeleffekte und die Gesamtauswirkungen zu berücksichtigen.

Herr Hood fragt nach der Einschätzung der Verwaltung, ob nicht auch ein reduzierter Betrag ausreichend sei. Dazu entgegnet Herr Vollmer, dass mit der Ausgabe über zusätzliche Gewerbesteuererhöhungen eine Wertschöpfung erzielt werde. Eine Reduzierung des Zuschusses halte er daher für nicht sinnvoll. Frau Rammert ergänzt, dass neben der Wertschöpfung auch der Werterhalt wichtig sei. Um Firmen und Akteure zu binden, halte auch sie eine Bezuschussung am untersten Limit nicht für zielführend.

Auf Nachfrage von Herrn Schliffer führt Herr Knabenreich aus, dass die Nutzungsentgelte der Stadthalle über Preislisten festgelegt worden seien und Mehrfachbücher einen 10%igen Rabatt erhielten. Alle Buchungen unterlägen der Kontrolle des Konzerncontrollings und würden transparent abgerechnet.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion. Es ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss wird gebeten, in den Abschlussberatungen zum Haushalt die Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 150.000 € für die kommenden drei Jahre an Bielefeld Marketing zur Förderung des Veranstaltungs-, Tagungs- und Kongressangebotes zu berücksichtigen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

**Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept „Baumheide“ - Neuaufnahme der Maßnahme „Hofflächen- und Fassadenprogramm“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8454/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

### **Beschluss:**

- 1. Die Verwaltung wird von der Politik beauftragt, das Hoffflächen- und Fassadenprogramm als ergänzende Maßnahme in das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept Baumheide (INSEK Baumheide) aufzunehmen.**
- 2. Die Verwaltung wird von der Politik beauftragt, das Hoffflächen- und Fassadenprogramm in den Antrag für das Stadterneuerungsprogramm 2025 aufzunehmen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 12**

### **Sachstandsbericht zur Arbeitsgruppe Gewerbe**

#### Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern:

8642/2020-2025

8672/2020-2025 (Antrag der Koalition)

Herr Prof. Dr. Öztürk begründet den gemeinsamen Antrag der Koalition und spricht den Teilnehmern der Arbeitsgruppe (AG) seinen Dank aus für die konstruktive Zusammenarbeit und die sehr gute Organisation seitens der Verwaltung. Die AG habe sich jede optionale Fläche umfassend angesehen.

Herr Nettelstroth stellt die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem Antrag in Aussicht. Er appelliere daran, politisch weitere Schritte zu unternehmen, um Gewerbeflächen anbieten zu können.

Herr Schlifter kritisiert die seiner Meinung nach fehlenden Ambitionen, Gewerbeflächen zu aktivieren. Außerdem habe die Verwaltung nicht deutlich gemacht, ob die Baulandstrategie für Gewerbeflächen angewendet werde. Er halte interkommunale Gewerbeflächen nicht für sinnvoll, da die Gewerbesteuererinnahmen dann nicht in voller Höhe der Stadt zugutekämen. Darüber hinaus hätte sich die FDP-Fraktion gewünscht, als Ergebnis der AG einen gemeinsamen Antrag und Beschluss zu erarbeiten. Dies sei aber nicht erfolgt. Da der vorliegende Antrag aus seiner Sicht nicht ambitioniert genug sei, werde er dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Klaus kritisiert die Mitarbeit der FDP-Vertreterin in der Arbeitsgruppe. Er weist darauf hin, dass bei dem Ankauf von Gewerbeflächen die Marktpreise als Verhandlungsgrundlage herangezogen würden.

Herr Vollmer merkt an, dass der Regionalplan ausdrücklich die Ausweisung interkommunaler Gewerbeflächen vorsehe. Aufgrund der vorhandenen Bodenrichtwerte sei es sehr schwierig, einen möglichst niedrigen Preis für den Ankauf von Flächen zu vereinbaren. Der Antrag sei eine Wertschätzung und Bestätigung der Politik für die Verwaltung, den eingeschlagenen Weg weiterhin zu verfolgen.

Herr Beigeordneter Moss führt aus, eine logische Konsequenz aus der Stadtentwicklung seien die Flächenwiderstände. Diese Widerstände seien nur in gründlich austarierten, flexiblen und individuellen Verhandlungen mit dem jeweiligen Vertragspartner zu lösen. Dies betreffe auch die Verhandlungen über den Grundstückspreis. Er appelliere dringend daran, Gewerbeflächen zu generieren, da die Einnahmen der Gewerbesteuer für den Haushalt der Stadt extrem wichtig seien. Hierzu sei eine Änderung des Mindset von Politik und Verwaltung erforderlich. Bisher habe die Verwaltung sehr gute Erfahrungen mit dem Generieren von interkommunalen Gewerbegebieten gemacht. Auch diese Bemühungen sollten unbedingt fortgesetzt werden.

**Beschluss:**

- 1. Der HWBA unterstützt die Vorschläge der Verwaltung sowie der „AG Gewerbe“ zur Aktivierung von Reserveflächen, Nutzungsintensivierung und Aufwertung gewerblicher Bestandsgebiete, Nachnutzung innerhalb des gewerblichen Bestands sowie Sicherung vor Fremdnutzung und Aufgabe von Gewerbeflächen.**
- 2. Der HWBA beauftragt die Verwaltung, mit den Nachbargemeinden zielgerichtete Gespräche über die Ausweisung weiterer interkommunaler Gewerbe- und Industriegebiete (GIB) mit regionaler Bedeutung zu führen. Der Ausschuss erwartet regelmäßige Berichte über den Stand der Dinge.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

---

**Zu Punkt 12.1 Sachstandsbericht der "AG Gewerbe" (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 09.09.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8672/2020-2025

Beratung und Protokollierung unter TOP 12.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

---

**Zu Punkt 13 Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Aufnahme- und Versorgungsvertrag für Fundtiere**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8652/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:**

**Für die Aufnahme und Versorgung von Fundtieren werden im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2025/2026 zusätzliche Mittel in Höhe von 956.000 € im Jahr 2025 sowie 916.000 € in 2026 und in den Folgejahren 2027 bis 2029 bereitgestellt. Hinzu kommt ab dem Jahr 2028 ein Dynamisierungsbetrag anhand des Verbraucherpreisindexes.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.**